

Hohenstein-Ernstthal-Grüßthaler Tageblatt

Amtsblatt

Anzeiger



für
Das Königl. Amtsgericht und den Stadtrat zu Hohenstein-Ernstthal.
Organ aller Gemeindeverwaltungen der umliegenden Ortschaften.

für
Hohenstein-Ernstthal, Oberlungwitz, Gersdorf, Gernsdorf, Bernsdorf, Meinsdorf, Langenberg, Falken, Reichenbach, Callenberg, Langenschursdorf, Grumbach, Zschheim, Ruchschappel, Wilsdorf, Gräna, Mittelbach, Ursprung, Kirchberg, Lugau, Erbsdorf, Pleißa, Ruchdorf, St. Egidien, Plättengrund u. s. w.

Erscheint jeden Wochentag abends für den folgenden Tag und kostet durch die Austräger das halbjährl. 1.55, durch die Post bezogen Mk. 1.92 frei ins Haus.

Fernsprecher Nr. 11.

Inserate nehmen außer der Geschäftsstelle auch die Austräger auf dem Lande entgegen, auch befördern die Annoncen-Expeditionen solche zu Originalpreisen.

Nr. 184.

Geschäftsstelle
Schulstraße Nr. 31.

Donnerstag den 11. August 1910

Brief- und Telegramm-Adresse
Amtsblatt Hohenstein-Ernstthal

60. Jahrg.

Das Konkursverfahren über das Privatvermögen des Kaufmanns Friedrich Hermann Weirauch, früher in Hohenstein-Ernstthal, jetzt in Schneberg, wird wegen mangelnder Masse eingestellt.
Hohenstein-Ernstthal, den 9. August 1910.
Königliches Amtsgericht.

Eine Klage des Hansabundes.

In den „Mitteilungen des Hansabundes“ wird in einem Artikel über „Deutsche Wirtschaftspolitik und deutschen Gewerbestand“ lebhaft Klage geführt über den Mangel an Verständnis für die natürlichen Erfordernisse der Zeit, wie er in der Behandlung wirtschaftlicher Fragen, Angelegenheiten und Bedürfnisse durch die Regierung und die zuständigen Behörden sich betrüblich offenbare. Namentlich wird auch über Verständnislosigkeit gegenüber der Bedeutung des Hansabundes und seiner Mittheile bei der Lösung von Aufgaben wirtschaftspolitischer Natur geklagt. Da heißt es u. a.:

„Mit der Festlegung einer wirtschaftspolitischen Neuorientierung des Deutschen Reiches durch die letzte sogenannte Reichsfinanzreform sind dem deutschen erwirtschaftenden Bürgerium ein Wirtschaftssystem und wirtschaftspolitische Tendenzen von neuem aufgedrungen worden, welche den praktischen Anschauungen großer Kreise von Industrie, Handel, Handwerk und Angestelltenstand nicht entsprechen. Jeder Handelskammerbericht, jede Zeitung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Verbände ist auf den Ton gestimmt, daß die Wirtschaftspolitik im Deutschen Reich, unter Berücksichtigung seiner wirtschaftlichen Faktoren und seiner geographischen Lage und ohne Rücksicht auf taktische oder parteipolitische Momente, von starken, über den Parteien stehenden Elementen im Hinblick auf praktische Erfordernisse und Interessen geführt werden muß.“

Daß hieran so Vieles fehlt, daß die vorgelegten Gesetzesentwürfe sehr häufig den Stempel formaler Abwendung von wirklichen Lebensfragen tragen und auch auf ökonomische Gesichtspunkte so wenig Rücksicht nehmen, das beruht zum Teil auf einer gewissen Unterschätzung psychologischer Momente, die im öffentlichen Leben überhaupt und nicht zuletzt für den deutschen Gewerbestand eine so gewaltige Rolle spielen. Die lediglich berufsmäßige amtliche Beschäftigung mit Fragen der Staats- und Wirtschaftspolitik führt leicht zu einer Behandlung dieser Angelegenheiten vom Standpunkt der Routine aus, die nur schwer dem unausgesetzten Wandel und Entwideln der Verhältnisse schöpferisch zu folgen in der Lage ist.

In diesem Gang der Entwicklung tritt nun heute die Tatsache, daß der deutsche Gewerbe- und Handelsstand nicht mehr gesplittelt der Gesetzgebung gegenübersteht, sondern daß mit der Gründung des Hansabundes eine Bilanz in wirtschaftspolitischen Fragen geschaffen ist, welche einen festen und nur schwer zu berührenden Kern zugunsten einer gerechten und modernen Wirtschaftspolitik bildet. ... Dem muß die deutsche Wirtschaftspolitik Rechnung tragen, wenn sie vor allem verhindern will, daß die Unzufriedenheit und Verbitterung über die Hintanhaltung und Schwächung erwirtschaftender Berufsstände sogenannte Demonstrationen wählen heraufbeschwört.

Mit den Zuwahlen zu dem wirtschaftspolitischen Ausschuss des Reichstages hat aber der Hansabund und die in ihm vereinigten Kreise nur bedingten Anlaß, zufrieden zu sein. ... Bei der Zusammenlegung des Ausschusses kommt es darauf an, Männer zu berufen, die vomübe ihres weiten Blickes und ihrer Sachkenntnis geeignet sind, sich über das Einzelinteresse, sei es sachlicher, sei es örtlicher Natur, zu stellen und das Gesamtinteresse zu wahren.“ Diese Worte klingen so, als ob sie den Veröffentlichungen des Hansabundes entnommen wären, und trotzdem hat man den Hansabund als solchen, welcher die größte und weitestreichendste wirtschaftliche Vereinigung Deutschlands ist, bei der Auswahl der Personen einfach ignoriert.“

Dabei ist die Feststellung besonders interessant, so heißt es dann noch, daß der Bund der Landwirte im Wirtschaftlichen Ausschuss durch ein Mitglied seines Vorstandes vertreten ist. Dagegen muß der Hansabund darauf bestehen, daß auch ihm ein Vorschlagsrecht bezüglich der Ergänzung des wirtschaftspolitischen Ausschusses eingeräumt wird.

Aus dem Reiche.

Zum Besuche des Zaren in Hessen.

In Friedberg wächst von Tag zu Tag die Riste der kaiserlichen Gäste, die bei der Anwesenheit des Zarenpaares dorthin kommen wollen. Auch Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen, Prinz Andreas von Griechenland und seine Gemahlin, sowie die Prinzessin Ludwig von Vattenberg nebst Kindern, wahrscheinlich auch die Prinzessin von Schleswig-Holstein, werden zum Besuche in Friedberg einreisen. Insgesamt werden in den Schloßräumen etwa 140 Gäste Aufnahme finden. Das Hofmarschallamt in Darmstadt macht in Friedberg durch Anschläge von Plakaten in deutscher, englischer und französischer Sprache bekannt, daß von jetzt an niemand mehr den äußeren Umkreis des Schlosses und die Schloß-Terrasse betreten darf. Auch die Nachbarn und die Inhaber von Terrassen Schließeln sind von diesem Verbot betroffen worden. Wie verlautet, wird der Großherzog von Hessen auf einige Wochen seinen Hofhalt in das Friedberger Schloß verlegen.

Gegen die deutschen Schiffsabgaben

wendet sich Holland. Man schreibt aus Rotterdam: In einem Leitartikel, der wohl die Ansichten führender holländischer Kreise wieder spiegelt, führt die „Nieuwe Rotterdamse Courant“ von neuem aus, daß die in Deutschland vom Bundesrat genehmigte und im Herbst im Reichstag einzubringende Vorlage über die Schiffsabgaben für Holland unannehmbar sei. Eine Mitwirkung Hollands sei nur auf zweierlei Art denkbar. Es könnte sich dem neu zu errichtenden Rheinstrombauverband anschließen und als dessen Mitglied die nützliche Stimmengabe wie Preußen erhalten. Aber ein unabhängiger Staat könne einer Korporation nicht beitreten, die mit Stimmenmehrheit über seine Lebensinteressen entscheide. Dabei könnten die Urjäger für Schere zwischen dem Haag und Berlin geschaffen werden. Jedesmal, wenn Holland einen Beschluß nicht billigt — und dies dürfte bei dem Interessenstreit öfters der Fall sein —, würde auf Holland ein Druck ausgeübt werden, und das Zustandekommen anderer mit den Schiffsabgaben nicht zusammenhängender Angelegenheiten von der Zustimmung zu den besagten Beschlüssen abhängig gemacht werden. Zwischen Holland und Deutschland wäre somit da u. a. ein Stein des Anstoßes errichtet worden. Darum lehne Holland lieber jetzt den deutschen Antrag ab, damit sich nicht ständige Unannehmlichkeiten ergeben. Wie man sich Hollands Mitwirkung im Rheinstrombauverbande auch denke, sie sei, abgesehen von der prinzipiellen Frage der Schiffsabgaben, für Holland durchaus unannehmbar.

Die Militärs der Sozialdemokratie.

Die sozialdemokratische „Arbeiterzeitung“ in Dortmund schreibt: „Die Spekulation auf 120 Mandate steht und fällt mit der Hoffnung auf die Militärs. Kein Zurechnungsfehler wird behauptet, daß die Zahl der überzeugten Sozialdemokraten sich seit 1907 verdreifacht habe. Und hieraus erwächst nun die schwere Gefahr, daß wir aus Sehnsucht nach den 120 Mandaten uns verleiten lassen könnten, Latit und Agitation auf die Gewinnung der Militärs einzustellen.“ Dazu schreibt die „Kauftische Neue Zeit“, das sei „durchaus zutreffend“, und gibt uns eigenem noch folgende Bemerkungen zum besten: „Vor dieser Gefahr kann allerdings nicht dringend genug gewarnt werden. Je größer die Zahl der Militärs bei den nächsten Wahlen sein wird, um so mehr wächst die Aussicht der Reaktion, den sozialdemokratischen Wählerfolg alsbald durch irgendwelche reaktionäre Streiche wieder zu beseitigen; hieraus erklärt sich die Bereitwilligkeit der reaktionären Propaganden, den roten Teufel, den sie an die Wand malen, mit parlamen-

tarischen Mandaten zu überschütten. Mehr noch als für jeden früheren Wahlkampf ergibt sich für die nächsten Reichstagswahlen die Notwendigkeit, in der Wahlplakation die prinzipiellen Ziele der Sozialdemokratie mit rückhaltloser Schärfe zu vertreten.“ — Vielleicht weckt die Verachtung für das Militärfertum, die aus diesen Zeilen spricht, manchem Verärgerten doch noch die Bestimmung auf die eigene Würde.

Zentrum und Volksschule.

Wie man aus München meldet, will das Zentrum in Bayern nach wie vor sein unverkürztes Recht auf die Schule wahren. Bischof Dr. Senle forderte in der Reichstagskammer, daß die deutsche Schule in der Kindererziehung in engstem Zusammenhang mit der Religion gehen müsse; er forderte das Recht unverkürzter geistlicher Schulaufsicht; der Pfarrer sei der geborene Schulpastor. Die Staatsregierung dürfe nicht einen Deut von den Rechten der Kirche auf die Schule aufgeben. Der Kultusminister v. Wehner schweig hierzu.

Der Bund der Industriellen

hat in einer ausführlichen Eingabe an den Staatssekretär des Reichskolonialamtes seine Stellungnahme zu dem neu geschaffenen ständigen Wirtschaftlichen Beirat für die Kolonialverwaltung ausgedrückt. In der Errichtung einer solchen Kommission erblickt der Bund eine Fortsetzung der von dem früheren Staatssekretär Dernburg durchgeführten Verwaltung unserer kolonialen Besitzungen, unter dessen von praktisch-kaufmännischen Gesichtspunkten geleitetem Kolonialpolitik die für die Exportindustrie so wichtige Absatzvermehrung in den deutschen Kolonien planmäßig in Angriff genommen wurde. Der Bund glaubt annehmen zu sollen, daß das Reichskolonialamt auch die großen industriellen Interessenvertretungen, die u. a. bei der Konferenz der Baumwollinteressen im Reichsamt des Innern, wie bei den Bestrebungen des Wollschafzucht-Syndikates tatkräftig mitgewirkt haben, insbesondere aber den Bund der Industriellen als Zentrale der Exportindustrien zur Entsendung von Vertretern in diese ständige Kommission auffordern werde.

Der diesjährige Allgemeine Vertretertag der nationalliberalen Partei

findet bekanntlich am 1. und 2. Oktober in Kassel statt. Die Vorbereitungen dazu sind in vollem Gange. Die Einladungen zur Teilnahme an die nach den Satzungen zu dieser Vereinstagung sowie die Aufforderung der Organisations- und Vorstandsmitglieder dieser Partei sind bereits in die Hände der Teilnehmer gelangt. Der erste Verhandlungstag am 1. Oktober dürfte eine Aussprache über die allgemeine politische Lage an der Hand eines Referates des Abgeordneten Cassermann bringen. Der Tagung geht am 30. September eine Sitzung des Zentralvorstandes in Kassel voraus.

Ein Parlamentarismüder.

Nach dem „Niederlausitzer Anzeiger“ beabsichtigt der konservative Reichstagsabgeordnete Hennig, der den Wahlkreis Kalau-Buckau seit 1898 im Reichstage vertritt, mit Ablauf der gegenwärtigen Legislaturperiode aus dem parlamentarischen Leben auszuscheiden. Eine konservative Vertrauensmännerversammlung hat in Aussicht genommen, den Kandidat Freiherrn v. Manteuffel als Kandidaten aufzustellen. Ein endgültiger Beschluß ist noch nicht gefaßt worden.

Koloniales.

Steuerreform in Deutsch-Ostafrika.

Für die Einführung einer Kopfsteuer in Deutsch-Ostafrika anstelle der bisherigen Stüttensteuer hat sich der Gouvernementsrat ausgesprochen, und zwar in der Weise, daß außer der Stüttensteuer für ländliche Bezirke eine Kopfsteuer von 3 Rupien für jeden erwachsenen arbeitsfähigen Mann zulässig sein soll. In städtischen Ortschaften soll die Kopfsteuer neben der Häuser- und Stüttensteuer erhoben werden dürfen. Unter besonderen Umständen kann die Kopfsteuer bis auf eine Rupie herabgesetzt werden. Die Einführung der Kopfsteuer, ebenso die Herabsetzung des Steuerfußes soll der Genehmigung des Gouverneurs bedürfen, mit dessen Genehmigung in den einzelnen Bezirken den Steuerpflichtigen mit mehreren Frauen für jede zweite und weitere Frau ein Zuschlag zur Kopfsteuer bis zu drei Rupien auferlegt werden darf. Aus den Äußerungen des Regierungsvorsetzters ging hervor, daß auch das Gouvernament bereits die Einführung der Kopfsteuer in größerem Umfang in Erwägung gezogen hat.

Aus dem Auslande.

Der spanische Kulturkampf.

Die Regierung setzt ihren Kampf gegen den Klerus fort. Sie hat durch generelle Verfügung die Schließung von 140 Klosterschulen angeordnet. Der König lehnt die Petitionen der Katholiken ab. Für die persönliche Sicherheit des Ministerpräsidenten Canalejas ist seit Sonntag ein besonderer polizeilicher Dienst eingerichtet worden.

Feinde von gestern — Freunde von heute.

Im Hafen von Portsmouth trafen gleichzeitig der japanische Kreuzer „Yama“ und ein russisches, aus vier Schiffen bestehendes Geschwader ein. An Bord der „Yama“ fand ein Empfang statt, an dem auch die russischen Offiziere, herzlich begrüßt, teilnahmen. Abends gab der frühere Bürgermeister von Portsmouth zu Ehren der japanischen Offiziere ein Bankett, zu dem die russischen Offiziere als Zeichen der Wertschätzung für die japanischen Kameraden zwei prächtige Blumenpenden gesandt hatten. In einem bei dem Bankett ausgebrachten Trinkspruch gedachte Prinz Tokugama auch dieses Freundschaftsbeweiens und erklärte, der Feind von gestern sei zum Freunde von heute geworden.

Die Untaten der Druzen.

Konstantinopeler Blätter veröffentlichten eine Nachricht des Wali von Syrien über den Antritt von Druzen gegen drei Dörfer des Hauran: 59 Personen, darunter sechs Nicht-Mohammedaner und 12 Frauen, wurden ermordet. Die in Konstantinopel befindlichen Druzenbestrebten die Druzen auf, sich den Regierungstruppen zu unterwerfen.

Zwischenfall an der türkisch-griechischen Grenze.

Eine 15 Mann starke Abteilung griechischer Soldaten überschritt bei Domenikon die türkische Grenze und wurde dabei von der türkischen Grenztruppe in ein dreistündiges Gefecht verwickelt. Die Türken erlitten Verluste. Die Griechen zogen sich darauf mit einem Verlust von fünf Toten über die Grenze zurück. Auf Seite der Türken wurden zwei Mann leicht verwundet.

Die Revolution in Honduras.

Nach einer in New Orleans eingegangenen Depesche ist die Stadt La Ceiba (Honduras) von den Aufständischen eingenommen worden.

Ein geldbedürftiger Sultan.

„Newyork Herald“ meldet aus Colombo die Ankunft des Sultans von Sulu (Philippinen), der in Paris oder London seine auf eine halbe Million geschätzten Perlen verkaufen will, um mit dem Erlös seine Provinz aus der ökonomischen Notlage zu befreien. Die Rückreise wird der exotische Fürst über Amerika antreten.

Nordamerikanische Expansion in der alten Welt.

Die „Newyork Times“ berichten von der Gründung eines amerikanischen Syndikats mit 600000000 Mark Kapital zum Bau von Bahnen in der asiatischen Türkei und zur Erschließung der Mineral- und Wesschichturkistan sowie der oberen Euphrat- und Tigris-Täler. Die erste Bahnlinie soll von Sivas am Rißi-Trom nach Halep und von dort nach dem Golf von Iskanderun, in dem die Küsten Kleinasiens und Syriens zusammenstoßen, führen. 12 1/2 Meilen zu beiden Seiten der Bahn hat das Syndikat auf 20 Jahre alle Mineralrechte gepachtet.

Sächsisches.

Hohenstein-Ernstthal, 10. August.

Wettervorhersage der Königl. Sächs. Landeswetterwarte zu Dresden.

Für Donnerstag: Nordwestwind, Bewölkungszunahme, kühl, zeitweise Regen.

11. August: Tagesmittel +16,2°, Maximum +20,3°, Minimum +11,4°.

— Eine neue offizielle Stadtbildungs-Postkarte ist erschienen und für Händler bei der Stadtassessoren im Rathaus zu entnehmen. Geschmückt mit industriellen Emblemen — ein Bergmann mit Hode und Grubenlampe und ein Weber mit Webstuhl und fertigen Stoff — sowie dem ältesten Stadtsiegel neben dem Stadtmappen, gibt die von Herrn O. Baumgärtel entworfene Karte einen